Paris, 4. Decbr. An Stelle Wignet's, Dumas' und Sandeau's [illegible] zu Mitgliedern der Akademie gewählt worden. In der [illegible] Kommissionssitzung für die Senats-[illegible] erklärte Ferry, er werde [illegible] Kammerbeschlüsse zu einer Vor-[illegible] nicht befürworten, [illegible] sondern die Vorlage der Kammer [illegible]. Die Kommission erklärte sich mit dem [illegible] der Regierung einverstanden. [illegible] übernahm abermals die Berichterstattung.

Braunschweig, 4. Decbr. Die Landesversammlung wurde im Auftrage des Regentschaftsrathes vom Minister Wirk eröffnet.

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr, Börsenbericht, Fremdenliste.

Wäsche- Braut- Ausstattungen Adolf Helm, Dresden, Webergasse 32.

Magazin feiner Lederwaaren
Kunstgewerbliche Gegenstände
Bernhard Rüdiger, Wilsdrufferstrasse 2, zunächst dem Altmarkt.

Julius Schädlich, am See 40
Petroleum-Lampen, Kerzen-Kronleuchter.

Neuheiten in Flanellen und Lamas sind nunmehr sämmtlich eingetroffen und mache auf meine Kleiderlamas und Morgenkleider-Stoffe ganz besonders aufmerksam.
W. Metzler, 15 Altmarkt 15. Bitte auf Firma zu achten.

Die Tapisserie-Manufactur C. Hesse, Kgl. Hoflief., Dresden, Altmarkt, empfiehlt ihren grossen Weihnachts-Ausverkauf in allen Artikeln zu enorm billigen Preisen.

Nr. 340. 29. Jahrgang. Auflage: 40,000 Expl. | Aussichten für den 5 Dec: Starker Südwestwind, meist trübe mit Niederschlägen und etwas höherer Temperatur. | Dresden, 1884. **Freitag, 5. Decbr.**

Verantwortlicher Redakteur für **Politisches** Dr. Emil Bierey in Dresden

„Diem perdidi", kann der Reichstag von der letzten Mittwoch sagen. Ein im Ganzen verlorener Tag, diese Berathung des Antrages Windthorst. Ganze 5½ Stunden hat der Reichstag an einen Gegenstand verschwendet, den er bis zur Erschlaffung durchgesiebelt hat, der durchaus nicht dringlicher Natur ist und dessen Erledigung im Sinne der Antragsteller an dem Stande der Dinge nicht ein Stäubchen verändern würde. Es handelte sich um das sogenannte Expatriirungsgesetz, jenes Reichsgesetz, nach welchem Geistliche wegen unbefugter Ausübung kirchlicher Handlungen aus ihrem Wohnorte entfernt, wo anders internirt, oder aus dem Vaterlande verbannt werden können. Das Gesetz wird gar nicht mehr angewendet. Unter dem Ministerium Falk wurden 280 preußische Geistliche von diesem Gesetze betroffen, sie sind sämmtlich wieder in Amt und Würden, bis auf 27, die gewissermaßen verschollen sind. Niemand weiß, ob sie noch leben; wollten sie wieder in ihr Amt eingesetzt werden, so würde Dem Nichts entgegenstehen. Zweimal haben frühere Reichstage die Aufhebung dieses Gesetzes beantragt, zweimal hat der Bundesrath sich Dem widersetzt; jetzt beantragte Windthorst zum dritten Male die Aufhebung dieses Ausnahmegesetzes. Für seinen Inhalt erhob sich keine einzige Stimme; auch Fürst Bismarck vertheidigte ihn mit keinem Worte. Die Katholiken empfinden das Gesetz als grausam und ihre religiösen Gefühle verletzend; sie haben darin sachlich völlig Recht; ebenso gewiß ist es aber, daß unter dem Gesetze überhaupt Niemand mehr leidet. Die Logik führt dahin, zu sagen: also heben wir dieses ebenso überflüssige als gehässige Gesetz auf! Im Bundesrathe hat denn auch Bayern gegen die Erhaltung desselben gestimmt und Würtemberg äußerte sich in ähnlichem Sinne. Warum widersetzte sich also Bismarck mit solcher Energie dem so Naheliegenden? Aus zwei Gründen: Einmal läßt er sich Nichts abtrotzen. In einem Augenblicke, da der Bundesrath den Antrag Windthorst soeben abgelehnt, bedeutet die Wiedereinbringung desselben eine Demüthigung des Bundesrathes und da sagt Bismarck: „Nun erst recht nicht!" Er beugte sich nicht vor dem aufgesteckten Geßlerhute Windthorst's. Dann aber hat er auch einen sachlichen Grund. Er bedarf des Gesetzes nicht für die Gegenwart, aber unter Umständen für unruhige Zeitläufe; nicht gegen katholische Priester deutscher Abstammung, wohl aber solche polnischer Zunge. Bismarck enthüllte mit den betreffenden Bemerkungen den letzten Grund seines Widerstandes: die polnischen Rebellionsgelüste hindern ihn, ein veraltetes Gesetz fallen zu lassen. Nicht um das Meßlesen handelt es sich, sondern um die polnische Agitation. Die Polen trachten noch immer darnach, preußische Provinzen loszureißen; ihre wirksamsten Werkzeuge dabei sind die katholischen Priester; Bismarck erklärt, er könne sich das Mittel nicht aus der Hand nehmen lassen, bei einem wiederholten polnischen Aufstande rebellische Priester bei der Kapuze zu nehmen. Der Gesichtspunkt: für die Sicherheit des Besitzstandes Deutschlands zu sorgen, beherrscht seine ganze Politik. Er ist es auch, der es bisher verhindert hat, daß in Preußen der Kirchenstreit zu dem so heiß ersehnten Austrage gelangt. Was der Reichskanzler nach dieser Richtung hin mittheilte, ist von dem höchsten Interesse; er lüftete den Schleier weiter denn je zuvor. Insofern die Welt jetzt volle Klarheit darüber erhält, warum die seit 1878 fortgesetzten Unterhandlungen Preußens mit dem Papste niemals zum Frieden führten, sondern stets, wenn Alles zum Abschlusse bereit war, regelmäßig wieder abschnappten, insofern ist die Reichstagsverhandlung nicht ganz verloren gewesen.

Deutschland weiß jetzt, daß es stets die Polen, speziell der abgesetzte Erzbischof Ledochowski, waren, welche den Friedensschluß zu hintertreiben verstanden. Im vorigen Sommer waren Preußen und die römische Kurie sogar soweit, daß sie sich über die Wiederbesetzung des erledigten erzbischöflichen Stuhles in Posen verständigt hatten. Da säete Ledochowski in den Friedensweizen das polnische Unkraut und aus war's. Bismarck spielte sogar auf den „unerwarteten und auffallenden Tod" des versöhnlichen Kardinal-Staatssekretärs Franchi an; seinerzeit behauptete man, die Jesuiten hätten diesen Friedenspriester vergiftet. Die weitestgehenden Zugeständnisse Preußens an die katholische Kirche blieben unerwiedert; nicht eine Spur von Entgegenkommen hat Rom gezeigt. Die ausgiebige Beseitigung des kirchlichen Nothstandes in Preußen ließ die Jesuiten kalt. Bismarck hat daraus die Lehre gezogen: Nun ist's genug. Weitere Nachgiebigkeit wäre verlorene Liebesmüh' und würde schaden. Preußen stellt mit Recht die Forderung in den Vordergrund, nur einen solchen Erzbischof zuzulassen, der keine Sympathie dafür hat, polnische Landestheile von Preußen loszureißen. Unter Ledochowski hatte die Entgermanisirung, die Polonisirung jener Provinzen riesige Fortschritte gemacht — damit ist's nunmehr vorbei. Was Bismarck über die katholische Kirche äußerte, war voller Anerkennung. Er rühmte an ihr die strenge Disciplin, die geschickte Führung, die monarchischen Einrichtungen (Papstkönigthum) im Gegensatz zu den demokratischen Republiken. Er wäre nicht abgeneigt, mit ihr ein Konkordat zur gegenseitigen Abgrenzung der Machtbefugnisse abzuschließen, obwohl er sich nicht verhehlt, daß der Papst einen protestantischen Kaiser unmöglich mit demselben Wohlwollen behandeln kann, wie etwa einen König in Frankreich. Trotzdem ließ der Kanzler dieses protestantischen Kaisers keinen Augenblick einen Zweifel darüber aufkommen, daß das deutsche Reich unmöglich von der Gnade des Centrums leben könne. Er hat seine Stellung mit der Ruhe eines Schachspielers gewählt, er darf hoffen, zum Heile des Vaterlandes schließlich den Gegner mattzusetzen. Beharrt das Centrum in der jetzt gewählten Stellung, mittelst welcher es die Aufgaben des Reichs vereitelt und ihm die Erfüllung seiner Pflichten unmöglich macht, so wird Bismarck mit Seelenruhe es ansehen, wie lange die deutsche Nation dies mit Ruhe erträgt. Zunächst thut er der Opposition nicht den Gefallen, den Reichstag aufzulösen. Die Nation muß erst noch handgreiflichere Beweise davon erleben, wie schwer sich das Centrum an ihr versündigt — um der Polen willen!

Auf die in der französischen Kammer vorgekommene Episode, wobei die Regierung eine Schlappe erhielt, braucht man nicht umständlicher einzugehen. Uns Deutsche interessiren überhaupt diese Durchstechereien, Intriguen und Zettelungen der französischen Parteien nur in dem allergeringsten Grade. Das Hemd ist uns näher als der Rock; wir haben mit unseren Parteien im Reichstage genug zu thun, als daß es uns verlangte, im Einzelnen zu erfahren, was gestern dieser Monsieur Clémenceau an Weisheit verzapft und heute der Monsieur Floquet für einen Geniestreich ausgeführt hat. Es genügen vollständig einige das Ganze zusammenfassende, charakteristische Züge, um die Leser im Laufenden über Frankreich zu erhalten. Nachdem die Kammer dem Ministerium alle Geldmittel zur Fortsetzung des Kriegs mit China verwilligt und ein bündiges Vertrauensvotum ausgesprochen hatte, fühlten etliche Republikaner das Bedürfniß, die Mißstimmung des Landes über die Fortsetzung dieser Opfer dadurch zu beschwichtigen, daß sie auf einem anderen Gebiete recht volksthümlich schillernde Beschlüsse faßten. Das war bei dem Gesetze über den künftigen Senat der Fall. Das Ministerium denkt natürlich nicht an den Rücktritt, man renkt am nächsten Tage die etwas in Unordnung gerathene Maschinerie wieder ein und damit ist die Sache abgethan. Größere Bedeutung hat der neueste Schritt Englands in der egyptischen Frage. England hat den Mächten einen neuen Vorschlag unterbreitet, wie die egyptischen Finanzen geordnet werden sollen. Es ist die Wiederaufwärmung des Vorschlags, den Europa bereits einmal auf der Londoner Konferenz verworfen hatte. Er läuft auf eine Zinsverkürzung derjenigen egyptischen Staatsschulden hinaus, deren Gläubiger Nicht-Engländer sind. Soviel von diesen Staatsschulden in englischen Händen ist, soll die ausgemachten Zinsen voll bekommen; nur was Franzosen, Italiener und andere vorgeschossen haben, soll sich eine Schmälerung gefallen lassen. Es ist undenkbar, daß Frankreich darauf eingeht. Bismarck hat England wissen lassen, er würde den Vorschlag annehmen, sobald das dabei zumeist betheiligte Frankreich sich damit zufrieden gebe — das läuft, zum Verdruß Englands, auf eine Ablehnung hinaus. Man fragt sich, wie England zu einem solchen aussichtslosen Plane wiederholt griff? Der Hintergedanke ist wohl, daß die erwartete Verwerfung durch Europa den Engländern den Vorwand zu einem Gewaltschritt geben soll. Europa kann es darauf ankommen lassen, ob ihn England wagen wird. Stimmten die Mächte dem englischen Vorschlage bei, so würden sie ja ohnehin die verschleierte Annexion des Pharaonenreichs gutheißen, denn diese ist die Folge, wenn England unter dem Vorwande, für pünktliche Zinsenzahlung der egyptischen Schulden zu sorgen, die Staatsdomainen als Pfand und das Recht auf ewige Besetzung Egyptens erhielte. Besser klares Spiel! Niemals kann Frankreich auf Egypten verzichten. Wollte es dies, so würde England im Nu China zum Friedensschluß bringen. Frankreich will aber in Hinterindien ein großes Kolonialhaus bauen — der Schlüssel dazu liegt in Egypten und diesen giebt es nicht in die Hände Englands. Uebrigens drängen die Dinge am Nil jetzt zur Entscheidung, seitdem der Gerichtshof in Kairo die egyptische Regierung, d. h. England dazu verurtheilt hat, die eigenmächtige Verkürzung der Schuldzinsen wieder gut zu machen. In den nächsten Tagen muß sich entscheiden, ob England auf diesen Rechtsspruch mit einem rohen Akte der Gewalt antwortet. Er träfe Europa nicht unvorbereitet.

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachr." vom 4. Decbr.

Berlin. Reichstag. Dr. Lieber-Montabauer motivirte seinen Antrag auf Einstellung des beim Landgericht Essen anhängigen Strafverfahrens gegen den Abg. Stötzel für die Dauer der Session. Der Antrag wird debattelos angenommen. Abg. Dr. v. Heeremann begründet den Antrag der Wahlprüfungskommission auf Abänderung der Geschäftsordnung bezüglich des Wahlprüfungsverfahrens. Nach diesem Antrage soll die Wahlprüfungskommission aus 7 Mitgliedern bestehen und bei Anwesenheit von 5 Mitgliedern beschlußfähig sein. Ueber die ihr zugewiesenen Wahlverhandlungen soll sie auf Vortrag der Referenten beschließen, welche unter möglichster Berücksichtigung der bei der Wahl hervorgetretenen Verhältnisse von dem Vorsitzenden der Kommission unter Zuziehung von 2 Mitgliedern derselben aus den Mitgliedern des Reichstags, die der Kommission nicht angehören, bestimmt werden sollen. Die Referenten sollen bezüglich der ihnen zugewiesenen Wahlprüfung Sitz und Stimme in der Kommission haben. Von dieser Neuerung erhofft man eine Beschleunigung der Wahlprüfungen. Abg. v. Rheinbaben (Rchsp.) bedauert, daß seine Fraktion dem Antrage nicht zustimmen könne, da derselbe den Zweck nicht erreichen werde, den man damit im Auge habe. Der Antrag komplizire nur das Verfahren: die Zahl der Sitzungen werde vermehrt, die Dauer der Sitzungen verlängert. Rheinbaben beantragt, daß die Kommission die Wahlprüfungen völlig vorbereitet an den Reichstag bringe, so daß dieser nur das Gültig oder Ungültig auszusprechen habe. Dadurch würde das Beanstandungsverfahren in Wegfall kommen. Für den Antrag Rheinbaben sprechen die Redner der Reichspartei, der Deutsch-Konservativen und der Nationalliberalen, für den Antrag der Kommission dagegen die Redner des Centrums und der Freisinnigen. Sämmtliche Anträge werden an die Geschäftsordnungs-Kommission verwiesen. Dann wurde die zweite Berathung des Etats fortgesetzt. Der Etat des Reichstages wird debattelos genehmigt. Ueber die Beschränkung der Freifahrtskarten wird kein Wort verloren, jedenfalls weil alle Parteien die Indiskretion zu fürchten haben. Beim Etat des Reichskanzlers und der Reichskanzlei beantragt Richter die Streichung der Gehaltserhöhungen für die Reichskanzlei, was dem Grafen Herbert Bismarck Veranlassung zu seiner Jungfernrede giebt. Er schildert aus eigener Anschauung den anstrengenden Dienst der betreffenden Beamten. Fürst Bismarck ergänzt die Ausführung seines Sohnes. Man habe schon oft Verwunderung über die wenigen Kräfte ausgesprochen, mit denen die Maschinerie unserer auswärtigen Politik getrieben wird. Die Arbeit der Beamten wachse beständig. Er habe 22 Jahre lang die auswärtige Politik geleitet und man könne wohl erwarten, daß er keine unberechtigten Forderungen stelle. Geheimrath Rottenburg, v. Maltzahn und v. Helldorf befürworten die Erhöhung (es handelt sich im Ganzen um 2700 Mk.) und schließlich wird die Sache an die Budgetkommission verwiesen. Bei der Berathung des Militäretats beantragt Richter die Streichung erhöhter Pferderationen für die Generale, Generalärzte und Intendanten der Armee. Richter und v. Köller werfen dabei über das Maß der Pferdebedürfnisse zusammen. Schließlich wird auch diese Angelegenheit der Budgetkommission überwiesen. Morgen erfolgt die Berathung eines Antrages über das Krankenkassengesetz und des Etats.

Berlin. Morgen konstituirt sich die wirthschaftliche Vereinigung des Reichstags. — Die Elsässer brachten einen Antrag ein auf Aufhebung der elsaß-lothringischen Diktaturparagraphen. Die Sozialdemokraten wollen die Vermehrung der Abgeordneten um 35 beantragen. — Unter dem Titel Togogebiet und Biafrabai ist eine Sammlung deutscher diplomatischer Aktenstücke über Westafrika erschienen und in der heutigen Bundesrathssitzung ausgegeben worden. — Die Generalversammlung der Berlin-Dresdner Eisenbahn beschloß in Anerkennung der bisherigen Bemühungen des Aufsichtsrathes, der Staatsregierung gegenüber die Interessen des Unternehmens nach Möglichkeit zu wahren und eine Besserung der Lage derselben herbeizuführen über die Angermann'schen Anträge zur Tagesordnung überzugehen. An Stelle des eine Wiederwahl ablehnenden Schlesinger (Trier) wurde Albert Schappach (Berlin) und an Stelle des verstorbenen Kapp Th. Menz (Dresden) in den Aufsichtsrath gewählt. Die übrigen 4 Mitglieder wurden wiedergewählt. Schließlich wurde der Aufsichtsrath beauftragt, zu prüfen, ob der gegenwärtige Rechtszustand der Gesellschaft mit dem bestehenden Aktiengesetz im Einklang stehe und darüber in der nächsten ordentlichen Generalversammlung zu berichten.

Pest. Im Unterhaus begründete Helfy seine Interpellation über die Erhöhung des französischen Getreidezolles, welche jetzt, wo die Landwirthschaft mit Calamitäten kämpft, um so niederschlagender wirken würde. Er hofft, die Regierung werde Vorstellungen erheben, die vielleicht nicht unbeachtet bleiben würden, andernfalls aber von keinem Abwehrmittel zurückschrecken werde.

Frankfurt a. M., 4. December. Credit 234. Staatsbahn 256⅞(?). Lombarden 121¾. 60er Loose —. Oesterr. Silberrente —. Papierrente —. Galizier 204¼(?). Oesterr. Goldrente —. 6% Ung. Goldrente 79⅝. 77er Russen —. 80er Russen —. 2. Orientanleihe —. Neueste Unger. Goldanleihe —. 3. Orientanleihe —. Ungar. Papierr. —. Diskonto —. Egypter 64½. Gotth.-B. —. Serben —. Fest.

Wien, 4 December. Credit 296,50(?). Staatsbahn 310,20. Lombarden 150,10(?). Nordwestb. 175,50. Marknoten 60,17. Ung. Goldr. 390,50(?). Elbethal —. Fest.

Paris, 4. Decbr. Schluß. Rente 79,32. Anleihe 108,60. Italiener 97,60(?). Staatsbahn 646,25. Lombarden 321,25. do. Prioritäten —. Egypter 318,00. Oest. Goldrente —. Spanier 59⅛(?). Ottomanen 604,00(?). Tabaksaktien —. Fest.

London, 4. December, Vorm. 11 Uhr 10 Min. Italiener 97,00. Türken 8,50. Ungarn 79,56. Spanier 59,12. Egypter 62,90. Russen 94,68(?). Lombarden 12,68(?). Mexikaner 21,67. Erie 14,87. zweite Erie 67,75. Lake shore 69,75. Central pacific 36,75. Newyork Centrale 93,50. Tendenz: Besser.

Stettin, 4. December, Nachmittags 1 Uhr. (Getreidemarkt.) Weizen matt, loco 145—153, pr. April-Mai 162,50, pr. Mai-Juni 164,50. Roggen matt, loco 132—135, pr. April-Mai 136,50, pr. Mai-Juni 137,00. Rüböl matt, 100 Kg. pr. December 50,20, pr. April-Mai 52,00. Spiritus matter, loco 42,10, pr. December 41,80(?), April-Mai 44,60, pr. Juni-Juli 45,90(?). Petroleum loco 8,75.

Breslau, 4. December, Nachm. (Getreidemarkt.) Spiritus pr. 100 Liter 10 Proc. pr. December-Januar 41,20, pr. April-Mai 43,50. Juli-August 45,50. Weizen pr. December 155,00. Roggen pr. December 132,00, pr. April-Mai 137,00, pr. Mai-Juni 138,00. Rüböl pr. December 51,50, pr. April-Mai 53,50. Mai-Juni 53. Zink: Hohenlohe December-Lieferung 13,80 bz. — Wetter: Trübe.

Paris (Produkten), 4. December. (Schluß.) Weizen December 21,00. März-Juni 22,00. Ruhig. Spiritus per Decbr. 42,50, Mai-August 45,00. Fest. Rüböl per December 64,75, Mai-Juni 68,00. Behauptet.

Amsterdam (Produkten), 4. December. (Schluß.) Weizen per Mai 258,00(?). Roggen per März 153, per Mai 155.

Lokales und Sächsisches.

— Am Donnerstag Nachmittag begab sich Ihre Majestät die Königin nach dem Jagdschloß Wermsdorf.

— Ihre Königl. Hoh. die Prinzessin Mathilde beehrte gestern eine größere Anzahl von Geschäften mit ihrem Besuch und bewirkte daselbst größere Einkäufe. Sie besuchte die Kunstgewerbehalle in der Pragerstraße, die Hofbuchhandlung von Warnatz und Lehmann, die Galanteriewaarenhandlung von B. Feller, Schloßstraße 27, das Strumpfwaarenlager von Hermann Mühlberg, Wallstraße 17, und das Geschäft von H. Levn, Schloßstraße 29.

— Der statistische Ueberblick über den Postverkehr Dresdens im vorigen Jahre zeigt gegen 1882 eine bedeutende Steigerung. Briefe, Postkarten, Drucksachen und Waarenproben wurden in Dresden (einschließlich der Orte Blasewitz, Löbtau, Plauen, Strehlen und Striesen) 15⅘ Millionen bestellt. An Packeten ohne Werthangabe gingen 964,400 Stück, an Briefen und Packeten mit Werthangabe 188,300 Stück ein. Auf Postanweisungen wurden hier eingezahlt gegen 33⅘ Millionen Mark, ausgezahlt an Bewohner Dresdens wurde aber eine weit höhere Summe (über 52⅘ Millionen). — Die Einnahme der Postverwaltung für Porto und Telegrammgebühren betrug aus dem Verkehr Dresdens gegen 2⅓ Million Mark, über 150,000 oder 6,6 Prozent mehr wie 1882. Zeitungsnummern hatten die Postanstalten in Dresden und den Vororten 9⅘ Millionen zu vertheilen. Eine gleichfalls bedeutende Zunahme zeigt der Postverkehr vom vorigen Jahr in ganz Sachsen. Ende 1883 gab es 693 Postanstalten (64 mehr als 1882). In Sachsen liegen die Postanstalten mit am allerdichtesten in ganz Deutschland, nur in Baden und in der Rheinprovinz liegen sie noch dichter beisammen. Die Gesammtzahl der eingegangenen Briefe, Postkarten, Geschäftspapiere und Waarenproben betrug gegen 82⅓ Million Stück (6 Mill. mehr wie im Vorjahre). Auch mit dieser Zahl steht Sachsen wieder nahezu an erster Stelle, nur die Bezirke Köln, Düsseldorf, Frankfurt a. M. und Hamburg haben im Verhältniß zur Einwohnerzahl stärkeren Briefeingang nachzuweisen gehabt. Packete ohne Werthangabe gingen ein 8⅓ Millionen. Postanweisungsgelder wurden an Bewohner Sachsens ausgezahlt 361,7 Millionen Mark; davon erhielt der Bezirk Dresden 101,7 Millionen und der Bezirk Leipzig fast 260 Millionen Mark. Nur Berlin hat noch höhere Summen als der Bezirk Leipzig (310 Millionen) auszuzahlen gehabt. Postauftragsbriefe gingen ein im Bezirk Dresden 110,860(?) und im Bezirk Leipzig 231,800 Stück, Nachnahmesendungen 229,500 und 170,700 Stück. Bei der zweiten Art von Postsendungen steht Leipzig absolut an erster Stelle, selbst Berlin hat weniger Packete gehabt. Nur in der Zahl der Postreisenden steht namentlich der Bezirk Dresden, Dank des besonders dichten Eisenbahnnetzes, erheblich hinter den meisten Bezirken zurück, nur 18,700 Postreisende gab es nach, im Bezirk Leipzig dagegen 52,600, im Bezirk Düsseldorf aber 173,000, im Bezirk Erfurt 176,000. — Den Telegrammverkehr betr., so liegt da 1883 eine Verminderung gegen 1882 vor. Es sei hier nur Dresden erwähnt. Aufgegeben wurden 218,000(?) Telegramme (2450 weniger wie 1882) von auswärts gingen ein 234,700 Telegramme (1660(?) weniger). — Der Postverkehr hat sich eben eminent entwickelt. Schließlich sei noch summarisch erwähnt: An Zahl der eingegangenen Briefe etc. wird Dresden nur übertroffen von Berlin, Hamburg, Leipzig und Breslau. Höhere Geldeinzahlungen auf Postanweisungen haben nur Berlin, Leipzig und Hamburg und schließlich höhere Auszahlungen für von auswärts eingegangene Postanweisungen haben Berlin, Breslau, Köln, Frankfurt a. M., Hamburg und Leipzig.

Weihnachts-Ausstellung der K. Hofbuchhandlung von H. Burdach (Warnatz & Lehmann). 18 Schlossstrasse 18.